

Beschlußempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Lederer, Heinrich Graf von Einsiedel,
Dr. Willibald Jacob, Steffen Tippach, Dr. Winfried Wolf, Gerhard Zwerenz,
Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/580 –**

Abschaffung der Wehrpflicht

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

- die Wehrpflicht ab 1. Januar 1996 auszusetzen und
- bis zum 31. Dezember 1996 einen Gesetzentwurf zur unverzüglichen und ersatzlosen Abschaffung der Wehrpflicht, des Zivildienstes und sonstiger Dienstverpflichtungen für Maßnahmen der Zivilverteidigung vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternative

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/580 – abzulehnen.

Bonn, den 26. Juni 1996

Der Verteidigungsausschuß

Dr. Klaus Rose	Jürgen Augustinowitz	Brigitte Schulte (Hameln)	Dieter Heistermann
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jürgen Augustinowitz, Brigitte Schulte (Hameln) und Dieter Heistermann**1. Zum Verfahren**

Der Antrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/580 wurde in der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Oktober 1995 dem Verteidigungsausschuß federführend sowie dem Auswärtigen Ausschuß und dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

2. Stellungnahmen der beteiligten Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 35. Sitzung am 6. März 1996 beschlossen, von einer Stellungnahme abzusehen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 12. Juni 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der

PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Die Beratung im Verteidigungsausschuß

Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/580 – wurde zusammen mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/3552 in der 38. Sitzung am 26. Juni 1996 zur Beratung aufgerufen. Eine inhaltliche Beratung des Antrags der Gruppe der PDS fand nicht statt. Die mehrheitlich im Verteidigungsausschuß vertretene Auffassung zum Thema Wehrpflicht ist in der Beschlußempfehlung und im Bericht auf Drucksache 13/5662 wiedergegeben.

Der Antrag auf Drucksache 13/580 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Bonn, den 2. September 1996

Jürgen Augustinowitz	Brigitte Schulte (Hameln)	Dieter Heistermann
Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter